Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 31 (2011)

Heft: 60

Artikel: Auswege aus der Wachstumsfalle : konviviale Nachbarschaften als Alternative

Autor: P.M.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652129

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 06.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

P. M.

Auswege aus der Wachstumsfalle

Konviviale Nachbarschaften als Alternative

So geht es nicht weiter

Wir leben in einer merkwürdigen Zeit. Diverse Krisen – Peak Oil, Peak Soil, Peak Water, Peak Soul, Peak Growth – zeigen uns, dass es so nicht weitergehen kann. Doch statt das Steuer herumzuwerfen ist die Reaktion: dann erst recht noch mehr vom Gleichen. Noch mehr Autos, noch mehr Überbauungen, noch mehr Wachstum, noch mehr Spekulation. Klar, die Rendite für unsere Pensionen brauchen wir jetzt, das Überleben des Planeten kommt später. Da unser kapitalistisches Wirtschaftssystem an permanentes Wachstum gekettet ist, muss dieses auch dann weitergehen, wenn offensichtliche physische Grenzen erreicht sind.[1] Inzwischen verbrauchen „wir" in den reichen Ländern zwischen 4 und 9 Planeten, und beträgt der Weltdurchschnitt immer noch 2.3. Also auch bei einem egalitären Zugang zu den Ressourcen ist die aktuelle Lebensweise nicht nachhaltig auf diesem Planeten möglich. Wir leben vom Kapital.

Noch seltsamer ist es, dass all das fast allen bewusst ist: gemäss der ETH-Umweltumfrage von 2007 schätzen mehr als vier Fünftel (82 Prozent) der Schweizer Wohnbevölkerung „die Gefahr vom Treibhauseffekt und von der Klimaerwärmung für Mensch und Umwelt" als hoch ein – 1994 waren es erst 54 Prozent.[2] Die Bereitschaft, den Lebensstandard zugunsten der Umwelt einzuschränken, ist relativ hoch: 64 Prozent waren 1994 bereit dazu, 68 Prozent im Jahr 2007. Vor allem nach dem Störfall in Fukushima zeigen alle Umfragen, dass die Sorge um die Umwelt jene um alle andern Probleme übertrifft.

Eine BBC-Umfrage hat herausgefunden, dass nur 11 Prozent der Weltbevölkerung noch glauben, dass der Kapitalismus gut funktioniert. In Frankreich, Mexiko und der Ukraine verlangen mehr als 40 Prozent, dass er durch etwas gänzlich anderes ersetzt werden sollte. Es gibt nur zwei Länder, wo mehr als ein Fünftel der Bevölkerung glaubt, dass der Kapitalismus in seiner gegenwärtigen Form gut funktioniert: die USA (25 Prozent) und Pakistan (21 Prozent). „Der Kapitalismus hat ein Image-Problem", kommentiert der *Tages-Anzeiger* (11.10.2009).

Fast niemand glaubt mehr an die Zukunft dieses Systems. Vielleicht sind jene 11 Prozent, die noch daran glauben, identisch mit den 10 Prozent der globalen Reichen, denen 85 Prozent des Weltvermögens gehören. Fast alle wissen, was zu tun ist, eine grosse Mehrheit ist sogar zu Einschränkungen bereit. Die Stadtzürcher Bevölkerung stimmte der 2000 Watt-Gesellschaft (statt wie heute 6000 oder 9000 Watt) mit 76 Prozent Ja zu. Wer heute noch „Umweltbewusstsein" fördern will, rennt offene Türen ein.

Alle suchen nach einem Ausweg und trotzdem fehlt das konsequente Handeln. Das liegt daran, dass die Handlungs-Strategien, die offiziell angeboten werden, sich selbst sabotieren. Zum einen ist da die individuelle Strategie Modell „Öko-Held", die uns mit allerlei individualisierten Schreckmümpfeli (wie Ecological Footprint) ein schlechtes Gewissen macht und uns dann als moderne Don Quixotes losschickt, um Elektroautos zu kaufen, Gemüse auf dem Balkon anzupflanzen, in Hofläden zu posten (dafür braucht man dann das Elektroauto), Veganer zu werden, myclimate Ablassbriefe zu kaufen u.a.m. Die Selbst-Sabotage besteht hier darin, dass die Umweltbelastung schon lange nicht mehr individuell zugeordnet werden kann, weil unsere Leben eng verwoben sind und die grössten Umweltbelastungen in einer kollektiven Infrastruktur angelegt sind (Autobahnen, Shoppingcenters, Schulen usw.). Individuelle Einschränkungen sind zudem in falscher Weise asketisch und verdecken, dass wir gar nicht verzichten müssen, sondern dass unsere Genüsse zum vorneherein pseudoindividualistisch verfälscht sind, und vieles zugleich ökologischer sein und viel mehr Spass machen könnte. Diese geplante Frustration durch individuelle Verhaltensänderungen führt dann eher zu einem Backlash, nicht zum Verzicht auf Mobilität, sondern zur Abkapselung und zur Einsicht, dass es eben doch nicht geht. Man kauft sich lieber den neusten BMW und lässt die Katastrophe mal auf sich zukommen.

Die zweite Verlierer-Strategie ergänzt sozusagen die erste: staatliche Regulationen. Im Prinzip wird einem durch solche Strategien das Autofahren, das Wohnen, das Erwerben oder Entsorgen von Gütern gezielt verteuert. Wir werden also so gelenkt, dass wir uns aus eigenem Interesse umweltgerechter verhalten sollten. Diese Strategie ist erstens zynisch: Wer genug verdient, kann sich Umweltsünden leisten, wer ein knappes Budget hat und ohnehin schon weniger verbraucht und weniger Ausweichmöglichkeiten hat, wird kollektiv bestraft und wählt dann SVP. Zudem sind die meisten Regulationen unwirksam, weil erzwungene Effizienz (bei Geräten, Autos) mit dem Rebound-Effekt bloss zu anderweitigem Mehrkonsum oder verfrühtem Neukauf (graue Energie statt rote) führt. Wer Opfer von verfehlten Infrastrukturen (Siedlungen, Versorgung, Verkehr) individuell bestraft, erzielt keine Lenkung, sondern höchstens Umgehungs- und Rückzugsmanöver. Statt sich als Akteur zu fühlen, wird man zum Opfer. Die Lust am eigenen Handeln wird einem durch anonyme, ungerechte und bürokratische Regulationen genommen – eine Wirkung auf den CO2-Ausstoss war in den letzten Jahren denn auch kaum spürbar.

Es geht nur gemeinsam – aber wie „kulturelle Solidarität" herstellen ?

Weder individualistische Appelle noch regulative Entmündigung greifen wirklich. Für rein technische Lösungen ist es inzwischen zu spät.[3] Nur schon eine minergetische Sanierung der Gebäude in der Schweiz würde

mindestens hundert Jahre dauern. Die einzige Hoffnung, eine wirklich klimawirksame Umstellung unserer Lebensweise zu bewirken, besteht gemäss Dennis Meadows darin, Gemeinschaften mit „kultureller Solidarität" herzustellen. (Er glaubt, dass nur zwei Länder hier noch eine Chance haben: Japan und die Schweiz.) Und Harald Welzer schreibt: „Ohne einen Fluchtpunkt der Wir-Identität, der in der Zukunft liegt, wird man kein neues kulturelle Projekt entwickeln können, das die Probleme und Krisen, die sich längst aufgetürmt haben, angehen, geschweige denn lösen könnte." (Das Ende der Welt, wie wir sie kannten, 2010, 234)

Auch Marcel Hänggi kommt in seinem neusten Buch „Ausgepowert"[4] zum Schluss, dass es nicht darum geht, wie wir Energie umwandeln, zur Verfügung stellen, sparen, effizienter nutzen usw. Die Frage, die wir uns stellen müssten, um die jedoch die Fachdiskussion einen weiten Bogen macht, lautet: Wie wollen wir überhaupt leben? Energie brauchen wir um Bedürfnisse zu befriedigen – aber diese sind nicht gegeben, sondern werden von Gesellschaften geschaffen. Das erste „Bedürfnis", das Energie in fast allen Gesellschaften befriedigen musste, war jenes der Mächtigen, die Kontrolle über die Ausgebeuteten zu behalten. Energie ist zuerst einmal Macht (power is power). Marcel Hänggi illustriert das sehr deutlich mit den Konsequenzen, die die Benützung von Pferden bei den amerikanischen Ureinwohnern „Indianern" im 17. Jahrhundert hatte. Im Grunde genommen haben die Pferde horizontal organisierte Ackerbauern und Sammler zu vertikal organisierten, patriarchalischen Jägern gemacht. Wenn wir in unserer Geschichte zurückgehen, dann sehen wir Sklaverei, Abholzung, Kanonenbau, die „Diktatur des Dampfes" und die Mechanisierung der Armeen und der Gesellschaft durch den Verbrennungsmotor in genau der gleichen Funktion. Die letzte Manifestation dieses Bedürfnisses nach schnell verfügbarer Energie ist die Atomkraft, die in direkter Linie von der Waffenproduktion abstammt und auch wieder dorthin führen kann. Die Atomkraftwerke sind sozusagen die Burgen der Moderne, doch besetzen sie weniger strategische Orte als strategische Zeiten (einige hunderttausend Jahre Zukunft). Sie sind endgültig eine Macht, die durch nichts und niemanden mehr abgeschaltet werden kann.

Wenn von erneuerbaren Energien die Rede ist, ist der Diskurs nur graduell verschieden. Photovoltaik, intelligente Netzwerke, Windmühlen, Totalenergiemodule – es sind alles High-Tech-Systeme, letztlich abhängig von einer global interdependenten, von wenigen mächtigen Firmen beherrschten industriellen Produktion, die wiederum im Dienst einer Oligarchie steht. Zwar fallen erneuerbare Energien meist dezentral an und könnten so die Grundlage einer solar-demokratischen Gesellschaft – die Sonne scheint für arm und reich gleichermassen – bilden, doch die Technologien, die für das Einsammeln und Zurverfügungstellen der Energe nötig sind, liegen strategisch in den Händen der alten fossilen Oligarchie. Ähnliches gilt ja auch für das Internet, das naiv als neuer Commons ge-

feiert wird, während die Nutzer keinen Einfluss auf die Technologie, wenig Kontrolle über die Inhalte und fast keine Herrschaft über das physische Netz haben. Die Netz-Commoners können einfach abgeschaltet werden: sorry, Allmende heute geschlossen.

Eine solare Demokratie?

Trotz dieser Sachlage leuchtet ein, dass generell Netzwerke mit dezentralen Knoten – seien das nun Energiequellen oder Server – für die globale Oligarchie schwerer zu kontrollieren und für die Nutzer leichter zu appropriieren sind als zentralisierte Systeme. Es besteht hier eine „Machtlücke", eine historische Chance. Die Demokratiebewegungen in Nordafrika haben das gut illustriert, und die chinesischen Oligarchen wissen sehr wohl, dass der Kampf um die Netze ihr Schicksal bestimmen wird. Erneuerbare, dezentrale Energiequellen als Grundlage einer demokratischen Gesellschaft erscheinen naheliegend. Energiewende und politische Wende könnten sich gegenseitig antreiben. Die Vision ist verlockend.

Selbstverständlich ist hier die integrale Demokratie gemeint und nicht nur das heutige komplementäre Reparatur- und Notfallsystem, die alte „westliche Demokratie". Vollständige Demokratie muss den gesamten sozialen Metabolismus bestimmen und nicht nur politische Umgebungsarbeiten leisten. Diese Demokratie würde die alte Abtrennung des Haushaltens von der Politik wieder aufheben und damit das Machtspiel der Oligarchen beenden – daher der erbitterte Widerstand gegen sie. Sie würde Subsistenz herstellen. Gut möglich, dass die rebellierenden Menschen in Nordafrika diese „ganze Demokratie" meinen und nicht nur ein freundlicheres politisches Management. Die Abtrennung des Wirtschaftlichen vom Politischen ist ohnehin in diesen Weltregionen weniger fortgeschritten als bei uns. Sie ist allerdings nicht nur ein altes radikaldemokratisches Postulat, sondern auch ein (regional akzidenteller) Aspekt des Islam, der im Unterschied zum Christentum genau diese Abtrennungen verwirft. Die Aufhebung dieser Abtrennung bedeutet natürlich nicht die Aufgabe des Prinzips von Gewaltentrennung und unabhängiger Kontrolle innerhalb und zwischen Institutionen.

Diese solare Demokratie ist heute erst ein Phantom, es fehlen Vorstellungen über Module, Kultur, Institutionen, Verhaltenskodizes, kurz: ein brauchbares Alternativprojekt. Was mangels klarer Vorstellungen oft beschworen wird, ist ein diffuses „Wir", die „Gesellschaft", das „Volk". Doch: Wer gehört zum „Wir"? Wer sind „sie"? Wir wollen anders leben – aber wer sind wir? Wer gehört zur Harald Welzers Wir-Kultur? Wie konstituiert sich das „Wir"? Als facebook-Gruppe? Flash-mob? Als Verein der Vereine? Als imaginäres Weltbürgertum? Oder muss die Zivilgesellschaft wieder einmal dafür herhalten?

Harald Welzer beschreibt in seinem Buch sehr ausführlich, welche gesellschaftlichen und psychischen Faktoren den ökosozialen Umschwung

blockieren: Gewohnheiten, eine subalterne Versorgungshaltung, mangelnde Erfahrbarkeit von gesamtgesellschaftlichen Prozessen, Anpassung von Erwartungshaltungen („Zufriedenheit"), strukturelle politische Kurzsichtigkeit (Wahlperioden), kognitive Dissonanz (Nichtwahrhabenwollen aus Angst vor nötigem Handeln). Dazu kommt die bekannte Erfahrung, dass es leichter ist, Menschen gegen drohende Verluste und zur Wahrung von Besitzständen zu mobilisieren als für positive Projekte. Diese lösen eher Ängste aus und werden als Zumutungen empfunden. Dabei werden die viel einschneidenderen bestehenden Verbindlichkeiten, an die man sich gewöhnt hat (z.B. Lohnarbeit, ein striktes Punktsystem namens Geld, das jede Lebensregung diktiert, Verkehrsregeln, Infrastrukturen als gebaute Gewalt usw.), ohne weiteres ausgeblendet. Es nützen daher alle Zukunftswerkstätten, World Cafés, Open Spaces und Transition Workshops wenig, um einen Wende zu bewirken. Der gute alte „rationale Diskurs", das Lancieren und Debattieren von Ideen hingegen erreicht nur immer die gleichen Kreise. Vielleicht kann eine Mischung von guten Beispielen, lustvoller Medienarbeit und Verbreitung von attraktiven Konzepten langsam einen Umschwung bringen.

Zerstörung öffentlicher Güter durch Privatisierung

Es ist gerade so, dass die Isolation, Distanzierung, Befriedung und Stilllegung dieser durch und durch regulierten und kommerziell normierten Individuen für den Grossteil der Energie, die „wir" heute „brauchen", verantwortlich ist. Die Spaltung des Proletariats erfordert sehr viel Energie. Die Explosion der ursprünglichen 2000-Watt-Gesellschaft der frühen sechziger Jahre lässt sich gut an der Expansion des Flächenverbrauchs ablesen. Unsere private Wohnfläche hat von 20 m2 in den fünfziger Jahren auf heute 42 m2 (Stadt Zürich) zugenommen und nähert sich nun den 50 m2, die „der Mensch" gemäss Exponenten der Immobilienbranche heute „beansprucht". Es hat also keineswegs eine urbane Verdichtung stattgefunden, sondern eine dramatische Verdünnung und daher Verödung. (Der Bevölkerungszuwachs ergoss sich in den allgemeinen Siedlungsbrei des Mittellandes, nicht in die Städte.) Die Automobilisierung hat erstens zu einer Zunahme der Verkehrsfläche geführt, meist zu Lasten von Kulturland, und zweitens zu einer Besetzung der bisher als öffentliche Räume nutzbaren Strassen und Plätze durch grosse Blechkisten, drittens zu einer verschärften Funktionsteilung und grösserem Verkehrsaufkommen. Eine weitere Art von Flächenzunahmen ist kolonialistisch und betrifft den Fleischkonsum: Hier fielen die für die Tierproduktion zusätzlich nötigen Flächen vor allem in Ländern wie Brasilien an, wo Soja für unser Tierfutter produziert wird. Unsere Schweizer Milch wird gemäss der Formel: libysches Erdöl plus brasilianisches Soja produziert.

Dieses Sich-breit-Machen kann nicht einfach als Schuld der „Menschen" interpretiert werden; moralische Appelle, die darauf basieren, haben denn auch, wie erwähnt, keine Wirkung. Die Erhöhung des privaten Schein-Komforts zu Lasten öffentlicher Güter ist im Gegenteil systemnotwendig und muss im Zusammenhang mit der Intensivierung der Arbeit, der Produktivitätssteigerung, des dadurch verursachten „Erholungsdrucks", gesehen werden. Kurz gesagt: Die Reproduktion der Arbeitskraft ist aufwendiger geworden. Jeder braucht heute sein privates Sanatorium zuhause. Nach einem anstrengenden Arbeitstag ertragen wir menschliche Kommunikation gar nicht mehr. Wir wären gar nicht mehr fähig, kollektive Güter überhaupt zu nutzen oder noch zu verwalten (Mikro-Politik). Phänomene wie Blocher oder Berlusconi stehen in einem direkten Zusammenhang mit dieser komfortablen Einsperrung der Lohnabhängigen in Häuschen, Wohnungen, Autos, Balkone oder Ferienresorts. Darum herum werden nicht kommunikative öffentliche Räume geschaffen, sondern Verkehrskorridore und Pufferzonen (Parks, Rasen). Fremde und fremde Kulturen stören, weil sie unsere Erholung gefährden. Zudem reden sie komisch.

Während die erfahrene Ausbeutung und Zurechtstutzung nicht mehr gespürt werden, fehlt gleichzeitig jegliches Vertrauen in eine zukünftige, genussreichere Lebensweise. Wir sind doppelt arm: arm an Macht, und arm an Phantasie. Kein Wunder, dass Depressionen die verbreitetste Volkskrankheit sind. Angesichts dieser anomischen Verfassung der Gesellschaft ist jede Vorstellung einer solaren oder anderen Demokratie illusorisch. Es sind gar keine sozial interaktionsfähigen Subjekte, keine Foren öffentlicher Diskussion vorhanden. Wir sind allein zuhause (mit B. und B. auf dem Bildschirm).

Relokalisierung in konvivialen Nachbarschaften

Nach zweihundert Jahren Kapitalismus und daher systematischer gesellschaftlicher Desintegration brauchen wir eine Art Heilungsprozess, der nah am Alltagsleben ansetzt. Ganz allgemein kann dieser Prozess als Relokalisierung (Serge Latouche)[5] beschrieben werden. Unser Leben muss lokaler, synergetischer, gemeinschaftlicher werden. Wenn wir in engvernetzten Nachbarschaften von etwa 500 BewohnerInnen zusammen haushalten, ist eine Ressourcen schonende Lebensweise ohne Verlust an Lebensqualität möglich. Der Zusammenschluss innerhalb von Quartieren macht überdies viele Dienstleistungen und Einrichtungen auch für Menschen mit kleinem Einkommen erschwinglich.

Die realistische Herausforderung besteht darin, unsere heutigen Nachbarschaften mit Umbauten und Ergänzungen so umzugestalten, dass sie ihre Individualität erst richtig entfalten können. Ein örtlicher Zusammenhang ist wichtig, weil dann alle Bewohner „an einem Ort" wohnen, also

höchstens ein paar Minuten zu Fuss brauchen, um sich zu treffen. Wenn alle wichtigen Funktionen örtlich gut gebündelt werden, laufen sich die Bewohner automatisch über den Weg. So entsteht ohne Aufwand eine informelle Alltagskommunikation (Mikrozentrum), die dazu beiträgt, eine ganze Reihe von Problemen bei ihrem Entstehen unbürokratisch zu lösen. Fasst man weniger Menschen zu einer „Heimat" zusammen, gehen sie sich gegenseitig bald auf die Nerven, und es bestehen zu wenige Ressourcen (Ausbildung, Altersgruppen, verfügbare Zeit) für eine Infrastruktur mit einer gewissen Reichhaltigkeit. Grössere Einheiten hingegen beginnen schon bald wieder zu zerfallen und müssen mit speziellen Institutionen – Kommissionen, Sitzungen – kommunikativ gekittet werden. In mittelgrosse Nachbarschaften lässt sich vieles auf elegante Weise einbetten.

Diese neue „Beheimatung", die nichts mit alten Dörfern oder verhockten Stadtquartieren zu tun hat, ist besonders wichtig für eine Lebensweise, die durch das Internet, weltweite Mobilität, virtuelle Kontakte aller Art bestimmt ist. Ohne eine soziale Verankerung riskieren wir, uns in diesen Netzwerken zu verlieren und zu vereinsamen. Gerade weil wir immer woanders und mit anderen zusammensein können, ist die Rückkehr nach „Hause" und der Kontakt mit den etwas widerborstigeren, nicht-virtuellen NachbarInnen wieder spannend. So sagt zum Beispiel einer der Propheten unserer schönen, virtuellen Zukunft, David Gelernter (Yale): „Die institutionellen Bürogebäude, die heute unsere Landschaft prägen, werden verschwinden. Geschäfte und Läden sind schon daran, überflüssig zu werden. (...) Der Endeffekt der weltumspannenden Informationsstrahlen wird aber Nachbarschaften so wichtig machen, wie sie es im 19. Jahrhundert waren. Die Leute werden Häuser brauchen und bequeme, nahe gelegene Treffpunkte..." (Gelernter, 2002, 241). [6]

Die entscheidende Frage: Wie wollen wir leben?

Die Nachbarschaften sind keine normierten Siedlungen, sondern entstehen aus heutigen Nachbarschaften und unter heutigen Eigentumsbedingungen. Sie werden so umgebaut, dass die Bewohnerinnen ihre Bedürfnisse und Wünsche sowohl individuell wie kollektiv ausleben können. Aus dem heute vorherrschenden Einheitslebensstil wird ein Mosaik „eigenartiger" Nachbarschaften. Die Vielfalt ist ein neuer Reichtum. Die Frage, wie wir leben wollen, kann nur konkret beantwortet werden. Phantasie und Bilder sind gefragt.

Eine typische Neustart-Nachbarschaft hat eine eigene Versorgung mit in der näheren Umgebung (einem Radius von ca. 50 km) erzeugten Lebensmitteln, ein grosses Lebensmitteldepot (Lebensmittel zum Entstehungspreis – oder fast gratis, wenn das Land der Nachbarschaft selbst gehört), eine Grossküche, Restaurants (mit Take-Away, Catering), Bars, Bibliothek, Secondhand-Depot, Reparaturservice, Wäscherei, Gästehaus,

Bad, Geräteverleih, Kinderparadies usw. All dies ist natürlich nur machbar und bezahlbar, wenn alle Nachbarn eine gewisse Zahl von Freiwilligen-Einsatz (z.B. drei Stunden pro Monat) leisten. Sie sparen dafür ein Mehrfaches an privater Hausarbeit, haben vielfältige soziale Kontakte und leben günstiger (2000 Franken/Monat/Person ist realistisch). Zugleich schaffen sie eine Lebensweise, die weniger abhängig ist von wirtschaftlichen Schwankungen, keinem „Wachstumszwang" unterliegt und global nachhaltig ist. Selbstverständlich sehen Nachbarschaften überall wieder anders aus, je nach Siedlungsstruktur, kulturellen Vorlieben, vorhandenen Ressourcen. Die Vielfalt macht auch ihre Stärke und Krisenfestigkeit (Resilienz) aus. Die globale Vergleichbarkeit ist jedoch wichtig, damit keine strukturellen Machtgefälle entstehen können. Wir alle wollen *im Prinzip* gleich leben, aber je verschieden den Umständen entsprechend.

Durch die Relokalisierung der Lebensbereiche, verdichtetes Wohnen, gezielte energetische Sanierungen, Teilen von Infrastrukturen und Gütern (ein geteiltes Watt ist ein doppeltes Watt!) ist eine 1000-Watt-Gesellschaft ohne allzu grosse technische Investitionshürden in nützlicher Frist noch machbar. Dank der besseren Energieeffizienz entspricht sie in ihrem Komfort-Niveau einer 4000-Watt-Gesellschaft der 60er Jahre. Energie muss nicht gespart werden – sie wird schlicht nicht gebraucht. Eine „Stromlücke" würde gar nicht bemerkt. So könnte das fossil/nukleare Betriebssystem abgelöst und ein neues, sozial-solares installiert werden. Selbstverständlich kann auch dieses Ziel nicht bloss durch sofort mögliche „soziale" Massnahmen wie Zusammenrücken, Teilen oder Entschleunigung, erreicht werden. Die Sanierung der Gebäude, der Ausbau erneuerbarer Energien, Umstellungen in der Produktion usw. werden einige Jahrzehnte beanspruchen. Dank der sozialen Synergien wird diese Umstellung jedoch viel schneller und weniger aufwendig sein als die bisher vorgestellten technokratischen Lösungen, weil sie am Verbrauch ansetzt.

Landwirtschaft ist Teil des Stadtlebens

Subsistenz ist ohne Ernährungssouveränität nicht denkbar. Die Nachbarschaften sind ideale Partner für die Landwirtschaft. Als kollektive Abnehmer sind sie gross genug, um Lieferung und Lagerung arbeitssparend betreiben zu können. Wenn die Lebensmittel regional, umweltverträglich, saisonal und von persönlich bekannten Bäuerinnen produziert werden sollen, dann sind direkte Verträge mit Bauernbetrieben mit einer Fläche von etwa hundert Hektaren erforderlich. Rein theoretisch ergäben das 14'000 Grossbetriebe mit je hundert Hektaren Fläche, gleich viele, wie es Nachbarschaften gibt. (Heute gibt es in der Schweiz 61'800 Landwirtschaftsbetriebe mit knapp 1'525'119 ha Fläche, also theoretisch 109 ha pro Nachbarschaft.) Ein solcher intern diversifizierter Betrieb kann bis zu achtzig Prozent der Nahrungsmittel liefern.[7] Die Betreiber könnten mit der

Nachbarschaft zusammen eine Universalgenossenschaft bilden, die entscheidet, was und wie produziert werden soll, mit beidseitiger Beteiligung am Risiko. Die Stadtbewohner hätten damit einen Landsitz, die landwirtschaftlich Tätigen ein Pied-à-terre in der Stadt. Das Leben bereichert sich. Die Kinder können den Kühen Namen geben.

Die Beziehung von städtischen Siedlungen zur Landwirtschaft wird heute in fast allen alternativen Wohnprojekten ausgeblendet, was ihnen den notwendigen strukturellen „Ernst" nimmt, und sie zu einem blossen „nice to have" relegiert. Nach Vandana Shiva[8] müssen die Städte vom Land her neu interpretiert werden, wenn wir sowohl gesellschaftlich wie materiell aus der kapitalistischen Sackgasse herausfinden wollen. Das neue Stadt/Land-Verhältnis durch Ökodörfer lösen zu wollen, geht hingegen vollständig an der eigentlichen Herausforderung vorbei. Weltweit lebt 50 Prozent der Menschen in Städten, bei uns sind es 75 Prozent. Diese Menschen können nicht mit etwas Urban Gardening im Hinterhof versorgt werden, und schon gar nicht können sie je wieder aufs Land zurückgeschickt werden (z.B. weil dort gar nichts mehr ist). Verdichtetes Wohnen in Städten und direkte Beziehungen zu bekannten Bäuerinnen sind eine ökologisch und sozial tragfähigere Formel. Re-Urbanisierung und Re-Ruralisierung müssen Hand in Hand gehen.

Die neue Weltformel: 1001 Watt + Demokratie = lebenslustige Zukunft

Angesichts der heutigen Situation ist es nicht vorstellbar, dass eine neue globale Zivilisation, die ökologisch tragbar, demokratisch strukturiert und zugleich egalitär ist, ganz allmählich aus einer Vermehrung von Pionierprojekten entsteht. Dasselbe gilt für die überall entstehenden vertragslandwirtschaftlichen Projekte.[9] Es gibt zwar in der Schweiz immer mehr sogenannte alternative Wohnprojekte, die aus Gebäuden mit Minergie-P-Standard bestehen, teilweise autofrei sind und eine gewisse konviviale architektonische Gestaltung aufweisen. Diese bleiben jedoch eingebettet in eine gestresste Wachstumsgesellschaft und sind deren Zwängen (Einkommen, Arbeitszeiten, Funktionsteilungen usw.) unterworfen. Versuche, etwas mehr autonome Hauswirtschaft einzuführen (wie oben skizziert), führen heute unmittelbar in die Pionierfalle: Die Bewohnerinnen müssen gleichzeitig fit für den Kapitalismus sein und daneben in der Freizeit erst noch Subsistenzstrukturen aufbauen. Eine Überforderung ist programmiert und führt zu einem erneuten Rückzug. Es ist deshalb klüger, bei den geplanten Wohnprojekten immer nur so weit zu gehen, wie die Bewohner das gut aushalten und einen Schritt zurückmachen können, wenn Belastungen zu gross werden. Modellhafte Nachbarschaftsprojekte können in einem breiteren politischen Prozess als inspirierende Beispiele und Zukunftslabors dienen. Sie sind Wegweiser, aber noch nicht der Weg.[10] Der

Ansatzpunkt Nachbarschaft hat den Vorteil, dass er kleine praktische Schritte ermöglicht, die zugleich eine systemische Bedeutung erhalten können. Diese muss aber aktiv vertreten werden.

Ausgehend vom Nachbarschaftsprinzip kann eine ganze postoligarchische Lebensweise und Weltgesellschaft konzipiert werden.[11] Über weitere Module wie Quartiere, Regionen, Territorien, subkontinentale Netzwerke und eine neue planetarische Organisation kann ein Metabolismus entstehen, der im wesentlichen auf drei Arten funktioniert: als erweiterter Dienstleistungsstaat, als Subsistenznetzwerke, als freie genossenschaftliche Produktion (vielleicht ähnlich wie in Siefkes' Peer Economy[12]). Dieses Konzept eines nachhaltigen Welthaushalts erscheint zwar als Produkt ökologischer Vernunft, ist natürlich aber eine implizite Kampfansage an die heutigen Machtverhältnisse. Das Wachstum ist nicht „unser" Wachstum, es ist „ihr" Machtinstrument. Es ist heute Mode, sich als Vertreter von ökologischen Notwendigkeiten politisch naiv zu stellen – und das ist gar nicht so dumm. Die wirklichen politischen Probleme kommen von selbst, wenn bestehende Interessen tangiert werden. Dann wird sich automatisch herausstellen, wer „wir" sind und wer nicht.

Nachbarschaften als Ansatzpunkte eines gesamthaften und globalen Umbaus unserer Gesellschaften müssen als politische Projekte positioniert werden, als Grundelement einer demokratischen Wirtschaft (oder besser: eines von allen mitbestimmten globalen Haushalts). Sie müssen als zukünftige Normalität verstanden werden und durch die heute zur Verfügung stehenden politischen Prozesse gefördert, aufgebaut, verallgemeinert werden. Der Nachbarschaftsansatz bedingt eine neue Raumordnung, eine neue Landwirtschaftspolitik, neue Arbeits- und Austauschformen. Er ist nur die konkretisierte Form jenes grösseren Wir-Projekts, von dem Harald Welzer redet. Was wir brauchen, ist eine Nachbarschafts-Wende. Diese ist in vielfältigen Formen und Initiativen global im Gang, als Postwachstumsbewegung (décroissance, degrowth), als Permakulturbewegung, als Transition Bewegung, als umfassende Demokratiebewegung.[13]

Anmerkungen

1 Seidl, Irmi / Zahnt, Angelika (Hsg.), Postwachstumsgesellschaft, Metropolis, 2010.

2 http://www.socio.ethz.ch/news/Umweltsurvey2007_Kurzbericht.pdf

3 „Zentral ist dabei die Erkenntnis, dass die Erschliessung des gesamten Potenzials an erneuerbaren Energiequellen – Wasserkraft inbegriffen – nur gut einen Drittel des gesamten Energiebedarfs abdecken kann, falls der Energiekonsum weiterhin auf dem heutigen Niveau verharrt. Auch im Vergleich mit den zurzeit erarbeiteten Energieperspektiven des Bundes ist die Situation nicht grundlegend besser; es bleibt je nach Szenario eine Bedarfslücke von 50 Prozent oder mehr." www.satw.ch, Roadmap Energie Schweiz, 2007.

4 Hänggi, Marcel, Ausgepowert, Rotpunktverlag, 2011.

5 Serge Latouche in: Seidl, Postwachstumsgesellschaft: „réévaluer, reconceptualiser, restructurer, redistribuer, relocaliser, réduire, réutiliser, recycler" (S. 203).

6 Gelernter, David: Tapping into the Beam, in: The Next Fifty Years – Science in the First Half of the Twenty-First Century. Vintage, 2002.
7 Siehe: Neustart Schweiz, Aktive Nachbarschaftsentwicklung in der Stadt und Region Zürich, 2011 (auch als pdf-download auf: neustartschweiz.ch); Anhang 1.
8 Shiva, Vandana, Leben ohne Erdöl, Rotpunkt, 2009.
9 Zum Beispiel: ortoloco.ch.
10 Neustart Schweiz, Aktive Nachbarschaftsentwicklung in der Stadt und Region Zürich, 2011.
11 Ich habe eine solche globale Haushaltzivilisation sowohl in: Neustart Schweiz, Zeitpunkt, 2010, als detaillierter auch im Text: It"s all about potatoes and computers, in: Turbulence 05, 2009, skizziert (auch als pdf auf neustartschweiz.ch verfügbar).
12 Christian Siefkes: From Exchange to Contributions: Generalizing Peer Production into the Physical World. Edition C. Siefkes, Berlin, 2007.
13 Der im Herbst 2010 gegründete Verein Neustart Schweiz sieht sich als eine weitere Initiative in diesem Kontext. Siehe: neustartschweiz.ch.

SoZ Sozialistische Zeitung

Schwerpunkte u.a.:

Europas Empörte gegen das Spardiktat · Atomausstieg in der BRD · DIE LINKE im Antisemitismusstreit · Zur Krise der industriellen Landwirtschaft

Probeausgabe kostenlos
Probeabo (3 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein
SoZ-Verlag · Regentenstr. 57–59 · D-51063 Köln · www.sozonline.de
Fon (02 21) 9 23 11 96 · redaktion@soz-verlag.de